

Freiheit für unsere Wärme muss bleiben!

Mehr als 14.000 Unterschriften gegen Verbot von Ölheizungen

Wien, 27. April 2017 – **Umweltminister Rupprechter und einzelne Landespolitiker fordern ein gesetzliches Verbot von Ölheizungen. Die Aktion „Freiheit für unsere Wärme“ setzt sich dafür ein, dass alle Österreicher weiterhin frei wählen können, womit sie heizen. Die beträchtliche Zahl an Unterstützungserklärungen zeigt die Empörung der Bevölkerung gegenüber Einschränkungen bei der Heizungswahl. Zudem ist der Rückgang bei den Emissionen im Gebäudebereich in Österreich vorbildlich.**

Im Zuge der Debatte um die Energiewende fordern einzelne österreichische Politiker regelmäßig ein Verbot von Ölheizungen – allen voran Umweltminister Rupprechter. „Dieser Eingriff in die Wahlfreiheit der Häuslbauer wäre einmalig in ganz Europa und auch nicht zu begründen. Öl-Brennwertgeräte sind emissionsarme und höchst effiziente Heizsysteme. Durch den politischen Fokus auf CO₂ bleiben die gesundheitsgefährdenden Feinstaub- und NO_x-Emissionen nahezu unberücksichtigt“, zeigt sich Martin Reichard, Geschäftsführer des IWO-Österreich, empört über die Pläne der Politik.

Petition für Wahlfreiheit beim Heizen

Mit der Aktion „Freiheit für unsere Wärme“ gibt es jetzt eine Möglichkeit, für Wahlfreiheit und gegen Zwang bei der Heizungswahl aufzutreten. Bereits mehr als 14.000 Österreicher unterstützen die Petition des IWO durch ihre Unterschrift. „Diese Vielzahl an Unterstützungserklärungen zeigt, dass sich die Bürger nicht bevormunden lassen wollen“, ist Reichard überzeugt. „Die Österreicherinnen und Österreicher sind mündig genug, um selbst zu entscheiden, welche Heizform am besten für ihr Haus geeignet ist und wie sie zur Energieeffizienz beitragen können. Dafür braucht es keine Ratschläge von der Politik“, so Reichard.

Gebäudebereich vorbildlich bei Emissionen

Seit 1990 sind die CO₂-Emissionen durch das Heizen um 42 Prozent gesunken. Österreichs Klimaschutzziele 2020 im Bereich Gebäude wurden bereits 2014 erreicht. „Der Beitrag zum Klimaschutz im Gebäudebereich kann sich also sehen lassen, während in den anderen Sektoren weit weniger Maßnahmen zur Einschränkung von CO₂-Emissionen gesetzt werden“, so Reichard. „Geht es nach so manchem Politiker, dann sollen die Familien den gesamten Preis für die Energiewende bezahlen. Denn kommt es zu Einschränkungen bei der Heizungswahl, wird das Heizen mit anderen Energieträgern bald deutlich teurer. In meinen Augen kann das nicht der Weisheit letzter Schluss sein.“

Aktion läuft noch bis Ende Mai

Wer sich gegen die Bevormundung der Politik beim Heizen aussprechen will, kann noch bis Ende Mai unterschreiben. Dann wendet sich das IWO an den Umweltminister und die zuständigen Landesräte.

Link zur Unterschriftenaktion:

www.freiheit-fuer-unsere-waerme.at

Über das IWO

Das IWO-Österreich (Institut für Wärme- und Oeltechnik) ist ein als Verein organisiertes Kompetenzzentrum für Heizfragen und versteht sich als zentrale Informations- und Beratungseinrichtung der österreichischen Mineralölwirtschaft. Mitglieder des IWO-Österreich sind zahlreiche Unternehmen aus den Bereichen Mineralölindustrie, Energiehandel, Kesselindustrie, Installationsunternehmen, Wirtschaftskammern, Kamin- und Tankfirmen.

Ansprechpartner für Rückfragen

IWO-Österreich

Geschäftsführer Mag. Martin Reichard

Tel: 01/710 68 99-35

E-Mail: martin.reichard@iwo-austria.at

www.iwo-austria.at

communication matters

Thomas Schweinberger, MA

Tel: 01/5032303-29

E-Mail: schweinberger@comma.at

www.communicationmatters.at